

KEINE PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN DURCH GATS

Franz Gall

Seit Anfang 2000 laufen die GATS-Verhandlungen (Allgemeines Dienstleistungsabkommen), um die seit 1995 begonnene Dienstleistungsliberalisierung weiter voranzutreiben. Während in der ersten Phase vor allem allgemeine Dienstleistungen betroffen waren, stehen jetzt auch „Öffentliche Dienstleistungen“, die auch unter dem Begriff „Daseinsvorsorge“ subsumiert werden, zur Disposition.

Neben den größtenteils schon innerhalb der EU liberalisierten Bereichen wie Post, Stromversorgung etc. wird jetzt von verschiedenen Seiten auch versucht, die Bereiche Bildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasserversorgung, etc zu liberalisieren. Ausdrücklich ausgenommen von GATS sind nur hoheitliche Tätigkeiten. Die EU verhandelt im Rahmen des GATS für ihre Mitgliedstaaten. Dabei vertritt sie einen sehr wirtschaftsliberalen Kurs, der sich nur sehr unzureichend an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert.

Wie ausländische Beispiele zeigen, hat die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, die eine Folge der GATS-Liberalisierung wäre, oftmals verhängnisvolle Auswirkungen:

- Die Grundversorgung für alle ist nicht mehr sicher gestellt
- Die abnehmende Qualität der Leistungen geht oft mit steigenden Preisen einher
- Die Entwicklung zu einer Zweiklassengesellschaft wird weiter vorangetrieben, weil sich viele diese höheren Preise nicht leisten können
- Die demokratisch legitimierte Kontrolle dieser Bereiche geht verloren
- Nicht profitable Dienstleistungen verbleiben in der öffentlichen Hand oder werden nicht mehr angeboten

Durch eine Liberalisierung auf GATS-Ebene würde sich die Politik selbst entmachten: Staatliche Regelungen würden einen so genannten Notwendigkeitstest bei der WTO (Welthandelsorganisation) bestehen müssen und ausländische private Anbieter müssten wie Inländer behandelt wer-

den. Insbesondere können sie nach dem Prinzip der Inländerbehandlung auch auf Förderung aus Steuermitteln klagen.

Aufgrund der schwerwiegenden Auswirkungen haben sich eine Reihe von Organisationen – dazu gehören auch Arbeiterkammern und Gewerkschaften – zur einer Plattform zusammengeschlossen, um ihre Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen zum Thema GATS zu koordinieren und auf die damit verbundenen Risiken hinzuweisen.